

Finanzmärkte und neoliberale Herrschaft

Joachim Becker, Ronald Heinz, Karen Imhof, Karin Küblböck, Wolfram Manzenreiter (Hrsg.), Geld Macht Krise. Finanzmärkte und neoliberale Herrschaft, Promedia/Südwind, Wien 2003, 264 S., € 24.90

Im Vergleich zur großen Bedeutung der (auch international wirksamen) Finanzkrisen, die in den letzten zehn Jahren in verschiedenen Ländern und Regionen stattgefunden haben, ist die wissenschaftliche Aufarbeitung und politische Diskussion hierüber immer noch nicht auf dem Niveau angekommen, das dieses Thema verdient. Umso begrüßenswerter ist es, dass nun eine von österreichischen Ökonomen, Historikern und Asienwissenschaftlern herausgegebene Publikation vorliegt, die verschiedene systematische Facetten dieser Problematik aufgreift und eine Reihe von Fallanalysen präsentiert, die wiederum für eine komparative und analytisch-verallgemeinernde Betrachtung der vergangenen Krisenprozesse sehr gut geeignet ist.

Die ersten vier Beiträge sind allgemeinen Aspekten gewidmet. V. Redak diskutiert die Funktion der Finanzmärkte heute und zeigt auf, dass diese immer weniger als Quelle der Unternehmensfinanzierung und immer mehr als Medium spekulativer Betätigung dienen. Der britische Ökonom D. Aldcroft untersucht Verschuldungsphasen und -krisen in der Peripherie im 20. Jahrhundert, besonders in den 30er und den 80er Jahren und kommt zu dem Ergebnis, dass die letztere Schuldenkrise wesentlich erfolgreicher überwunden

werden konnte, vor allem weil der internationale Handel nicht wie in den 30er Jahren zum Erliegen kam und die wirtschaftspolitischen Maßnahmenpakete des IWF und der Gläubigerregierungen zur Refinanzierung und mittelfristigen Schuldreduktion beitrugen. M. Schürz untersucht die Legitimationsmuster der aktuellen Geldpolitik in Europa und die Rechtsfertigungsdiskurse zugunsten einer Unabhängigkeit der Zentralbanken; er kann zeigen, dass die damit verbundene „minimalistische demokratische Legitimation“ keineswegs vor falschen und Finanzkrisen nicht ausschließenden geldpolitischen Entscheidungen der Zentralbanken schützt. M. Neuwirth setzt sich kritisch mit dem Verhältnis von Verschuldung und Finanzmärkten, vor allem am Beispiel der Asien- und Russlandkrise auseinander. Die drei folgenden Beiträge von J. Becker/A. Musacchio, K. Imhof und von F. Wukovitsch behandeln sachkundig die Währungs- und Finanzkrisen in den wichtigsten lateinamerikanischen Ländern, wobei sie neue historische und systematische Zusammenhänge aufweisen können.

Der Beitrag von Becker/Musacchio über Argentinien stellt die aktuelle Krise in einen größeren historischen Kontext und arbeitet heraus, dass intensive Verschuldungsphasen Argentiniens häufig mit Krisenzeiten in den Metropolen korrespondierten, und eben dies war zugleich einer der Hauptgründe dafür, dass die für die Schuldentrückzahlung erforderlichen Devisen über entsprechende Exporte in die europäischen Gläubigerländer nicht aufgebracht werden konnten, was wiederum die internen Tenden-

zen der „rentiersorientierten Akkumulation“ regelmäßig verstärkte. Es ist bemerkenswert, dass sich diese Kernstrukturen trotz sehr differierender historischer Situationen und wirtschaftspolitischer Leitlinien über mehr als 150 Jahre hinweg aufrecht erhalten haben.

Im Artikel über Mexiko konzentriert sich Karen Imhof auf den Zusammenhang von Verschuldung, Zahlungsbilanzkrisen sowie Liberalisierungs- und Öffnungswellen in der jüngeren Wirtschaftsgeschichte des Landes und gelangt zu dem Ergebnis, dass es dabei „zu einer Wechselwirkung zwischen dem Druck zu verstärkter finanzieller Integration im internationalen Umfeld und dem Machtzuwachs bestimmter politischer Gruppierungen auf nationaler Ebene gekommen ist“ (90) und dass „die Folgen dieser Außenöffnung für die Entwicklung des Landes weitgehend negativ waren“ (112) – ein Befund, den sie durch die Analyse der sozialen Auswirkungen der jeweiligen Finanz- und Währungskrisen bis Ende der 90er Jahre eindrucksvoll belegt.

Der Beitrag von F. Wukovitsch zu Brasilien widmet sich der teilweise erfolgreichen, zum größeren Teil aber negative ökonomische und soziale Implikationen aufweisenden Wirtschaftspolitik in der Ära F. H. Cardoso von 1994-2002. Auch hier wird der durch die neoliberale Politik gestiftete Zusammenhang von verstärkter finanzieller Außenabhängigkeit und fast beständiger interner Restriktions- und Austeritätspolitik überzeugend analysiert.

Hervorhebenswert scheint vor allem zu sein, dass in allen drei Beiträgen

eine Verbindung von ökonomischer und sozialstruktureller Analyse erfolgt und damit auch die Akteurs-ebene deutlich zu ihrem Recht kommt.

Die nächsten Artikel sind Fällen gewidmet, die bislang sehr wenig analysiert wurden: die türkische Währungs- und Finanzkrise von 2001/02 durch I. Ataç und der Zusammenhang von Verschuldung und Staatszerfall am Beispiel Jugoslawiens durch R. Weissenbacher. Besonders deutlich wird in beiden Analysen, wie sehr die politisch von außen aufoktroierte neoliberale Doktrin vor allem auch globalpolitischen Bedürfnissen des IWF und des „Wall Street Treasury“-Komplexes entsprechen und diese sich mit bestimmten partikularen Gruppen- oder regionalen Interessen im Inneren der jeweiligen Länder verbinden.

Zwei Beiträge wenden sich dem ostasiatischen Schauplatz zu. W. Urban untersucht die Folgen der Asien-Krise von 1997/98, in dem sie die Krise selbst in einen längeren Konjunkturkontext stellt, die unterschiedlichen Wege der Erholung (IWF-Konzept versus nationalstaatlich-keynesianisches Konzept) beschreibt und eine stärkere regionale Kooperation der ostasiatischen Länder untereinander als ein wichtiges Ergebnis der Asien-Krise festhält. Die interessante und datenreiche Analyse der langandauernden Finanzkrise in Japan von Anfang der 90er Jahre bis heute durch R. Heinz/W. Manzenreiter zeigt, dass auch Länder der Metropolen vor Finanzkrisen und vor allem deflationären Folgeerscheinungen nicht gefeit sind.

Die drei letzten Beiträge des Bandes sind wieder allgemeinen Aspekten der Re-Regulierung der Finanzmärkte (K. Küblböck), der Problematik der Schuldenstreichung am Beispiel Südafrikas bzw. der Apartheidpolitik (M. Madörin) sowie dem Problem einer grundsätzlich alternativen weltwirtschaftlichen Finanzordnung (R. Musil) gewidmet.

Der außerordentlich materialreiche, aktuelle und theoretisch anspruchsvolle Band wird für jeden, der an entwicklungstheoretischen und -politischen sowie weltwirtschaftlichen Fragen interessiert ist, als eine wahre Fundgrube erscheinen. Einzig die in der Einleitung von den Herausgebern kurz angesprochene komparative und verallgemeinernde Verarbeitung der abgelaufenen Finanzkrisen wird weiteren Studien vorbehalten sein müssen.

Dieter Boris

Entwicklungsstrategien im arabischen Raum

Sabah Alnasseri, Periphere Regulation. Regulationstheoretische Konzepte zur Analyse von Entwicklungsstrategien im arabischen Raum, Westfälisches Dampfboot, Münster 2003, 265 S., 24,80 Euro

Im Zentrum regulationistischer Theoriebildung und Analysen standen eher metropolitane denn periphere Gesellschaftsformationen. Alnasseri wendet demgegenüber seinen Blick auf die Peripherie. Hierbei geht es ihm schwerpunktmäßig um theoretische Erörterungen. Die Fallstudie zur algerischen Entwicklungsstrategie in der zweiten Hälfte der 60er Jahre und in

den 70er Jahren hat eher illustrativen Charakter. Während es einige deutschsprachige regulationistische Arbeiten mit Bezug zur Peripherie (v.a. Lateinamerika) gibt, ist Alnasseri Anwendung regulationstheoretischer Konzepte auf den arabischen Raum eine Pionierarbeit. Auf Französisch gibt es allerdings eine regulationistische Beschäftigung mit dem Maghreb, vor allem mit Marokko.

Alnasseri sieht vor allem zwei Defizite bei der regulationstheoretischen Beschäftigung mit der Peripherie: deren unzureichende Thematisierung der Artikulation verschiedener Produktionsweisen/-formen und die mit der nationalstaats-zentrierten Sichtweise verbundene Unterbelichtung bzw. Ausblendung (abhängiger) Einbindung in den Weltmarkt. Er rekapituliert die Diskussion um die Artikulation verschiedener Produktionsweisen bei Marx, der Althusser-Schule und bei Rey. Kritisch setzt er sich mit dem Konstrukt einer „asiatischen Produktionsweise“, die zur Stagnation führe, bei Wittfogel und seinen späteren Adepten auseinander. Diese argumentierten historisch und begrifflich nicht sauber, überbetonten die Rolle des Staates und der Gewalt in der „asiatischen“ und unterbetonten sie für die kapitalistische Produktionsweise. Das Konzept der „asiatischen Produktionsweise“ ist für Alnasseri eine Art polit-ökonomischer Orientalismus. Ähnlich kritisch argumentiert Alnasseri gegen Ansätze, welche die Gründe für die Peripherisierung ausschließlich oder weitgehend in inneren Entwicklungsblockaden verorten.

Für Alnasseri hingegen wurde die kapitalistische Produktionsweise der Peripherie kolonial aufgezwungen. In den peripheren Gesellschaftsformationen wurde die kapitalistische Produktionsweise somit dominant und prägte den anderen Produktionsweisen in der Artikulation ihren Stempel auf. In der Tendenz bedeutet dies eine Kommodifizierung der gesellschaftlichen Verhältnisse. Welche Form die Artikulation der Produktionsweisen konkret annehme, hänge von den konkreten Bedingungen und gesellschaftlichen Prozessen ab.

Der Regulationsansatz ist anhand durchkapitalisierter Gesellschaftsformationen entwickelt worden. Er geht von einem Akkumulationsimperativ aus. Die Akkumulation kann jedoch historisch und räumlich unterschiedliche Formen annehmen. Ein stabilisiertes Akkumulationsregime bedarf passender Regulation. Über die Regulation werden die widersprüchlichen gesellschaftlichen Verhältnisse bearbeitet. Zu den zentralen strukturellen Formen der Regulation zählen Geld, Lohn- und Konkurrenzverhältnis. Alnasseri kritisiert, dass die Pariser Regulationisten (v.a. Lipietz und Ominami) mit Blick auf die Peripherie zwar vor allem die Akkumulationsregime diskutierten – und dies anhand fordistischer Maßstäbe –, hingegen die asymmetrisch Einbindung in den Weltmarkt unzureichend und Fragen peripherer Regulation kaum thematisierten. Er fordert, sie sollten sich bei der Analyse der internationalen Machtasymmetrien von der Weltsystemtheorie und neogramscianischen Debatten um Fragen internationaler Hegemonie inspirieren lassen.

Zwei zentrale konzeptive Fragen werden bei Alnasseri m. E. bestenfalls angedeutet. Erstens: Was bedeutet die Artikulation verschiedener Produktionsweisen für die strukturellen Formen der Regulation? Ist beispielsweise das Konzept des Lohnverhältnisses als Ausbeutungsverhältnis zu fassen, die Artikulation der Lohnarbeit mit anderen Ausbeutungsformen ins Verhältnis zu setzen? Zweitens: Wie weit kann Hegemonie im Fall strukturell sehr heterogener Gesellschaftsformationen überhaupt reichen?

Zumindest diese zweite Frage deutet Alnasseri in seiner sehr differenzierten und gelungenen Diskussion der Herausbildung und Durchsetzung des Entwicklungskonzeptes der industrialisierenden Industrien im Algerien der Ära Boumedienne an. Alnasseri charakterisiert die damalige Regulationsweise als „klientelistisch“, was auf Fragmentierung und Legitimationsprobleme des nachkolonialen Staates hinweist. Hierbei arbeitet Alnasseri die materiellen Konfliktlinien und deren ideologische Bemäntelung sehr anschaulich heraus. Es wird deutlich, dass ein kritischer politökonomischer Ansatz für die Analyse der späteren Krise des Boumedienne'schen Entwicklungsmodells sowie des Bürgerkrieges, die außerhalb der Betrachtungen Alnasserris liegen, äußerst fruchtbar sein könnte. Insofern ist Alnasserris Arbeit als Anstoß zum konzeptuellen Weiterdenken und für konkrete regulationistische Analysen peripherer Regionen zu verstehen.

Joachim Becker

Ein Einführungsband zur Globalisierungskritik

Christophe Aguiton: Was bewegt die Kritiker der Globalisierung? Von Attac zu Via Campesina, Neuer ISP Verlag, Köln 2002, 215 S., 16,80 Euro

Beiträge, die Grundlinien des Globalisierungsprozesses und die sich darauf beziehenden Bewegungen gleichzeitig analysieren, sind immer noch rar. Umfangreichere und systematischere Untersuchungen zu letzteren stehen noch aus. Umso bemerkenswerter ist es, dass nun ein französischer Autor und Aktivist in der globalisierungskritischen Bewegung ein solches Buch vorgelegt hat.

Im ersten Teil des Buches wird die neue Weltordnung analysiert, wobei der Autor davon ausgeht, dass wir uns in einer völlig neuen Periode befinden, welche ein neues Akkumulationsregime hervorgebracht und sich mit einer Umstrukturierung der globalen Machtbeziehungen seit dem (zweiten) Golfkrieg durchgesetzt hat. Damit einhergehend sieht er einen langen Kampfzyklus neu beginnen, der durch die Wiederbelebung der sozialen Bewegungen und deren Globalisierung gekennzeichnet ist.

Im zweiten Teil beschreibt er die Akteure dieser aktuellen globalen Widerstandsbewegung gegen die neoliberale Hegemonie. Verschiedene Probleme und Schwierigkeiten bei der Zusammenarbeit und der gemeinsamen Orientierung werden aufgezeigt; die bekanntesten Kampagnen, Initiativen und Konferenzen kurz vorgestellt.

Dem Verfasser geht es darum, „den kämpferischen Flügel der Bewegung

aufzubauen, der das Ziel der großen Massenbewegungen weiter verfolgen und zugleich an der Vertiefung alternativer Konzeptionen zum Kapitalismus und zu neoliberalen Politiken weiterarbeiten will.“ (215)

Zunächst versucht der Autor, die Tragweite der sich aktuell vollziehenden Veränderungen des Kapitalismus durch unterschiedliche Ansätze der Periodisierung zu beleuchten. Die Etablierung eines neuen Akkumulationsregimes und Produktionsparadigmas wird als Ergebnis von Maßnahmen verschiedener Akteure begriffen. Es wird zum einen das Unternehmertum genannt, das versuchte, den Verfallstendenzen der Profitrate entgegenzusteuern und gegen die keynesianischen Politiken (ideologisch) aktiv zu werden. Als zweiter Akteur wird die Finanzwelt ausgemacht, die durch die Aufhebung fester Wechselkurse nach dem Ende des Bretton-Woods-Systems (1973) ganz neue Entfaltungsbedingungen vorfand und ihre Bedeutung für das Wirtschaftsgeschehen enorm steigerte. Als drittes werden die politisch Herrschenden als Akteure identifiziert, die mit den Politikstrategien der konservativen Revolution von Ronald Reagan und Margaret Thatcher einen frontalen Angriff auf die Welt der Arbeit verfolgten und so soziale Errungenschaften abbauten. Diese wirtschaftlichen und politischen Veränderungen zugunsten der Kapitaleseite wurden mit dem Fall der Mauer noch verstärkt und im Kontext des (zweiten) Golfkrieges schafften es die USA, sich die Hegemonie zurückzuerobern. Damit konnte sich das anglo-amerikanische Modell des Kapitalismus weltweit

durchsetzen, das der Verfasser durch den „Washington Consensus“ charakterisiert sieht. Lediglich im Bereich der verfolgten Wirtschaftspolitik besitzt der Hegemon eine klar umrissene Perspektive, die durch IWF und Weltbank umgesetzt wird. Jedoch treten Widersprüche dieser Weltordnung immer offener zutage, so dass der Autor bereits eine Krise des Neoliberalismus konstatiert. Diese manifestierte sich auf den großen Demonstrationen in Seattle, Genua und Prag auf eindrucksvolle Weise. Der Protest richtete sich gegen Mechanismen der neoliberalen Globalisierung aufgrund ihrer Auswirkungen auf sozialer Ebene wie im Umweltbereich. Ursächlich liegen sie in der Funktionsweise des neuen Akkumulationsregimes, „dass zum einen Methoden und Gesetzmäßigkeiten in einem umfassenden Sinne, einschließlich der Struktur der Regierungen vom Finanzkapital determiniert werden; dass zum anderen das Unternehmensmanagement jedoch davon getrennt erfolgt, wobei die Vorstände der Multinationalen Konzerne eine Schlüsselrolle in der Ausarbeitung von industriellen Strategien und ihrer Umsetzung in konkrete Politikmaßnahmen spielen.“

Aguiton sieht diese Weltordnung und dieses Akkumulationsregime, das sich mehr und mehr der Kontrolle und Interventionsmöglichkeiten seitens der Regierungen (wenn auch in unterschiedlichem Maße) entzieht, als ziemlich instabil an und prognostiziert, dass wir erst am Anfang eines langen Kampfzyklus stehen. Er wertet die Diskussion um die Ansätze von „global governance“ mehr als Beweis, dass die Wiederentdeckung

der Politik und der Möglichkeit der Veränderung der Welt anerkannt werden. Dabei versteht er die sozialen Bewegungen im neuen globalen Kontext als entscheidende Akteure, die eine andere Welt möglich machen können.

Bemerkenswert ist, dass der Autor auf nur 50 Seiten ein umfassendes Bild über die Weltordnung im Zeitalter der Globalisierung zu Papier bringt und sehr viele Aspekte benennt. Vieles bleibt jedoch eher skizzenhaft und ließe sich hinterfragen. Auch trägt der Text nicht den Charakter einer systematischen Analyse, die Interessen und Begriffe klar herausarbeitet, sondern ungefähr das beschreibt, was gemeinhin unter Globalisierung verstanden wird – jedoch in relativ präziser Darstellung der historischen Zusammenhänge.

Bei der Beschreibung der globalen sozialen Bewegung fällt auf, dass der Autor ebenso viele Seiten den Gewerkschaften widmet, wie allen anderen Teilen der Bewegung zusammen. Er konstatiert eine mangelnde öffentliche Wahrnehmung der Gewerkschaften in der Globalisierungsdebatte und betont, dass diese in den USA, in Frankreich und Südkorea treibende Kräfte waren, die Strukturen des Protestes errichteten und Koalitionen aufbauten, nachdem sie sich 1995 noch nicht an den Protesten gegen das MAI beteiligt hatten.

Aguiton sieht die (zurückliegende) Krise der Gewerkschaften, die sich unfähig zeigten, die neuen Gruppen von ArbeitnehmerInnen wie Jugendliche, MigrantInnen, Frauen und Beschäftigte in den Branchen der sogenannten New Economy zu organisie-

ren, als einen Mangel an Anpassungsfähigkeit an die Entwicklung des Kapitalismus. Durch die Koordinationsgruppen, die sich zu einem neuen Typ Gewerkschaft transformierten, welche von deutlich demokratischeren Strukturen, einer kontroversen Diskussionskultur und neuen Aktionsprinzipien geprägt sind, hat sich die Gewerkschaftsbewegung in Frankreich stark der Funktionsweise der Neuen Sozialen Bewegungen angenähert und den Stil der Vernetzung übernommen. Diese „Selbstbesinnung der Arbeiterbewegung“ (118) hat ihre Stärkung bewirkt, die sich im Generalstreik von 1995, der Gründung der *AC!* und den *Europäischen Märschen gegen Arbeitslosigkeit* ebenso ausdrückt wie durch die Tatsache, dass viele Gewerkschaften Gründungsmitglieder von ATTAC wurden. Die dauerhafte Funktionsweise per Vernetzung und die weitere Öffnung zu anderen sozialen Akteuren macht der Autor als die zentrale Perspektive der Gewerkschaften aus, da sie nur so der neoliberalen Globalisierung wirkungsvoll entgegentreten können.

Auch in den USA sieht er den Grund für die Wiedererstarkung der Gewerkschaften in der Kontaktaufnahme mit NGOs und Assoziationen, der Orientierung an Netzwerkstrukturen und der Kampagnenpolitik, die auf breit gefächerten Bündnissen aufbauen, wie z.B. *Jobs with Justice*. Stets plädiert der Verfasser dafür, Aktionen und Kampagnen international auszulegen und globale Vernetzungsstrukturen aufzubauen. Er interpretiert die „aktive Beteiligung signifikanter Schichten der Gewerkschaftsbewegung oder zumindest die

solidarische Unterstützung von anderen durchgeführten Aktionen zu Gunsten von Hunderten von Millionen Arbeitnehmern, wie die Botschaft von Seattle unmissverständlich besagte, (als) eine imperative Verpflichtung für eine Gewerkschaftsbewegung, die dem Prozess ihres Niedergangs gegensteuern will.“ (141)

Andersherum beurteilt er es auch als großes, vielleicht sogar wichtigstes zu lösendes Problem (159) für die Bewegung gegen die neoliberale Globalisierung, dass so wenig Annäherung der traditionellen linken Kräfte, allen voran der Gewerkschaften, an die politischen Vorstellungen der Jugend stattfindet. Weltweit sieht Aguiton eine Radikalisierung der Jugend, die mit neuen Aktionsformen Protest und Verweigerung gegenüber dem System ausdrückt, die bald die Bedeutung der 68er erreichen könnte. Fest macht er dies an den Aktionen mit dem Motto *Reclaim the Streets* in Großbritannien und einzelnen Netzwerken aus der radikalen Linken, wobei er v.a. das *Direct Action Network* DAN wie MRG (*Movimiento de Resistencia Global*) zitiert und PGA (*Peoples Global Action*) kurz erwähnt. Inwiefern diese Strukturen jedoch Ausdruck einer umfassenden Radikalisierung mit weltumspannenden Charakter sind, in der eine ganze Generation aufsteht und eine Generalverweigerung gegen das System angenommen hat, (vgl. 142f. und 153) bleibt dahingestellt. Darüber hinaus nennt er die Kampagnen gegen die Sweatshops der Studierenden in den USA – allerdings ohne die Kurzlebigkeit all dieser Bewegungen zu reflektieren. Er

merkt an, dass auf den Massendemonstrationen in Seattle kaum Farbige zu sehen waren und sich vor allem weiße, hochgebildete Studenten engagieren, aber die unteren und marginalisierten Schichten kaum eine Rolle in der Mobilisierung spielen – trotz den (nachträglichen) Versuchen der Netzwerke, diese einzubinden.

Bei der Beschreibung der einzelnen Teile der Bewegung ist deutlich die politische Herkunft des Autors zu bemerken: So beschreibt er ausführlich und sehr positiv die Strömungen der neuen Gewerkschaftsbewegung, wobei er selbst die unabhängige *SUD* bei France Télécom mit aufbaute. Er begründete außerdem die ‚*Europäischen Märsche gegen die Arbeitslosigkeit, ungeschützte Beschäftigung und Ausgrenzung*‘ mit. Allerdings wird – anders als der deutsche Untertitel vermuten lässt - der Organisation Attac kaum Raum gegeben, obwohl er auch dort Gründungsmitglied ist und für deren internationale Beziehungen verantwortlich ist.

Im französischen Titel sind auch weder Attac noch die Via Campesina genannt, sondern mit „Le monde nous appartient. Les acteurs d’une autre mondialisation“ („Die Welt gehört uns. Die Akteure einer anderen Globalisierung“) der Inhalt eindeutig präziser wiedergegeben.

Leider stammt der überwiegende Teil der genauer erläuterten Beispiele aus Frankreich, den USA oder England, einige Male wird auf die südkoreanischen Gewerkschaften Bezug genommen. Einer der großen Mängel des Buches ist, dass es auf Bewegungen aus der Peripherie

kaum eingeht, obwohl immer wieder deren Wichtigkeit betont wird. Die Via Campesina wird auf anderthalb Seiten abgehandelt und die MST auf zwei Seiten, wobei sie zwar als bedeutend in Brasilien dargestellt wird, aber (nur) als kämpferische Bewegung für eine Agrarreform und als Organisatorin von Eigentumskollektiven. Zwar wird auch davon gesprochen, dass die MST sich an städtische Unterschichten wendet, doch wird ihre sozialistische Orientierung nicht erwähnt. Generell vermeidet der Autor Kategorisierungen nach ideologischer Ausrichtung der unterschiedlichen Bewegungen, ihrer Größe und politischen Kampfkraft. Insgesamt orientiert sich das Buch eher an dem Aufzeigen der Gemeinsamkeiten und plädiert für Bündnisse, als mögliche Spannungsfelder genauer auszuloten.

So ist das Buch auch nicht als eine wissenschaftliche und theoretische Analyse des Kapitalismus, seiner Widersprüche und seines Akkumulationsregimes oder als ein weiteres Stück abstrakter NSB-Forschungsliteratur zu lesen, sondern soll den AktivistInnen eine Orientierung und eine Chance bieten, dass ihre Stimme Gehör findet (18). Es ist eher eine Einführung, die gerade GlobalisierungskritikerInnen und allen, die es werden wollen, einen optimistischen Überblick über den Stand der Bewegung verschaffen kann.

Anne Tittor

Einblick in die neoliberale Dienstbotengesellschaft

Nicole Mayer-Ahuja, Wieder dienen lernen? Vom westdeutschen „Normalarbeitsverhältnis“ zu prekärer Beschäftigung seit 1973, edition sigma, Berlin 2003, 359. S., br., 24,90 Euro

„(Fast) jeder Arbeitsplatz ist besser als keiner“ (Streek/Heinze) – Mayer-Ahuja zeigt, dass dem mitnichten so ist: Denn kaum einer der Befürworter einer Ausweitung des Niedriglohnssektors hat sich bisher die Mühe gemacht, eine systematische Untersuchung prekärer Beschäftigung vorzunehmen. Daher wird der Prozess der Prekarisierung von der Autorin konkret am Beispiel des Reinigungsgewerbes – des physisch und psychisch belastenden „Putzens“ – nachgezeichnet (17ff). Prekarität bestimmt sie dabei als „relativen Begriff“, den sie formal definiert als „Unterschreitung von Standards, die durch das sogenannte Normalarbeitsverhältnis gesetzt werden“ (14). Solche Arbeitsverhältnisse implizieren „nicht unbedingt Armut, völlige Entrechtung und betriebliche Isolation, wohl aber eine *relative* Benachteiligung in diesen drei Dimensionen gegenüber“ der für „die jeweilige historische Situation prägenden Form der Erwerbsarbeit“ (15). Schon zu Zeiten des fordistischen ‚Normalarbeitsverhältnisses‘, das freilich erst als solches ‚entdeckt‘ wurde, als es bereits in die Krise geriet, war die Abweichung davon in bestimmten Bereichen des Arbeitsmarktes weitgehend die Regel – v.a. für Frauen: Die mangelnde Vereinbarkeit von ‚Normalarbeit‘ und notwendigen Re-

produktionsarbeiten im Haushalt schloss sie aus ‚normalen‘ Vollzeitarbeitsverhältnissen aus. „Frauenerwerbsarbeit war demnach Bewahrerin prekärer Beschäftigung, weil mit ihrer Hilfe“ traditionelle Formen von Prekarität „länger am Leben erhalten wurden, und zugleich Wegbereiterin prekärer Beschäftigung, weil sie die Entstehung moderner Formen von prekärer Arbeit erleichterte“ (91).

In den 60er und 70er Jahren ist der größte Teil der im Reinigungsgewerbe Beschäftigten im öffentlichen Dienst angestellt, was noch eine *relativ* gesicherte Form der Existenz am Rande des Normalarbeitsverhältnisses erlaubte. Doch im Zuge der Krise des Fordismus kommt es schon in den frühen 70er Jahren zum Beginn der Privatisierung des öffentlichen Dienstes in jenen Bereichen, „wo die wirtschaftlich Schwächsten beschäftigt sind“ (95). Während in den 70ern „die meisten Frauen, die ihren Lebensunterhalt mit Putzen verdienten, Vollzeit- oder sozialversicherte Teilzeitstellen im öffentlichen Reinigungsdienst innehatten“, ist die Verschiebung der Beschäftigung in privatwirtschaftliche Reinigungsunternehmen mit einer Verallgemeinerung geringfügiger Beschäftigung ohne Sozialversicherungsschutz verbunden (109). Dies bewirkt entgegen verbreiteter Hoffnung auf die ‚Jobmaschine‘ privater Dienstleistung keineswegs eine Zunahme von Arbeitsplätzen, als vielmehr eine erhebliche Arbeitsverdichtung und damit eine Verdrängung älterer durch jüngere Arbeitskräfte (140). Deutliche Beschäftigungseffekte sind hingegen im Bereich der Privathaushalte zu verzeichnen: Ca.

1,3 Mio. Arbeitskräfte sind Ende der 1990er Jahre dort beschäftigt (114) – meist Migrantinnen, häufig illegal. Ergebnis ist eine „doppelte Privatisierung“ (115) – vom öffentlichen in den privatwirtschaftlichen Sektor und von der Privatwirtschaft in Privathaushalte. Bestehende Arbeitsplätze werden aufgespalten in Teilzeit- oder geringfügige Beschäftigung, was dazu führt, dass immer mehr Beschäftigte mehrere Arbeitsverhältnisse „kombinieren, um ihren Lebensunterhalt zu sichern“ (116).

Innerhalb der Reinigungsbranche setzt sich eine geschlechtliche Arbeitsteilung fort, welche Männern die qualifizierteren, mit dem Einsatz von Maschinen verbundene Gebäudereinigung sichert und Frauen die vermeintlich unqualifizierte Reinigung kleinteiliger Innenräume zuweist (119). Während Frauen über 91 Prozent der Reinigungskräfte stellen, werden dennoch 53 Prozent der Vollzeitstellen mit entsprechend höheren Löhnen von Männern besetzt (119f). Aufgrund des wachsenden Drucks auf dem Arbeitsmarkt sehen sich zunehmend Beschäftigte mit höheren Qualifikationen gezwungen, Putztätigkeiten anzunehmen, und verdrängen weniger qualifizierte (147ff). Strategien einer Ausweitung des Niedriglohnsektors zur Schaffung von Arbeitsplätzen für Geringqualifizierte erweisen sich als reine Ideologie. Die beruflichen Qualifikationen werden im Arbeitsprozess z.T. selbstverständlich genutzt, während die Arbeitstätigkeiten formal „gleichwohl als unqualifiziert gelten und entsprechend entlohnt werden“ (152). Generell führt dies zur „Entwertung von Qualifikationen“, zu

Demotivierung und einem tendenziellen Verlust individueller Handlungsfähigkeit (156).

Der Status geringqualifizierter Arbeit ist gekoppelt an eine Einordnung in die unterste Lohngruppe bei Tarifverträgen. Gewerkschaftliche Aufwertungskampagnen und Forderungen nach Abschaffung dieser Lohngruppe blieben weitgehend erfolglos. Sie waren gegen die Unternehmer, aber auch innerhalb der Gewerkschaften nicht durchzusetzen – letztere versuchten einen „gewissen Lohnabstand zu männlichen Kollegen“, etwa Müllwerkern, zu wahren (164). Selbst diese geringe Entlohnung wurde noch unterlaufen, indem geringfügige Beschäftigung „ausdrücklich vom Geltungsbereich der Tarifverträge ausgeschlossen“ wurde. Damit ebneten die Tarifvertragsparteien selbst der „Prekarisierung den Weg“ und duldeten einen „tarif- und rechtsfreien Raum im öffentlichen Dienst“ (166f). Mit der Privatisierung folgte der Abbau von Arbeitnehmerrechten und eine weitere „Unterschreitung“ der im öffentlichen Reinigungsdienst geltenden Lohnniveaus um gut 16 Prozent (173). Da diese für Vollzeitarbeit gelten, ist die Folge, dass geringfügig Beschäftigte, ‚Minijobber‘ oder Teilzeitkräfte mit geringer Stundenzahl von den erarbeiteten Löhnen nicht ihren Lebensunterhalt bestreiten können (206). Auch für Privathaushalte gibt es einen geltenden Tariflohn, der um 43 Prozent unterhalb der bereits zu niedrigen öffentlichen Standards liegt. Nur: Kaum jemand weiß davon, und eingehalten wird er auch nur selten. Zudem kommt es in allen Bereichen zu Tarifunterschreitungen durch Arbeitsverdichtung, Nichtanerkennung

oder Bruch von Tarifverträgen, Behinderung gewerkschaftlicher Organisation in den Betrieben und nicht zuletzt illegale Beschäftigung (176ff).

Staatlich betriebene Privatisierung und gezielte arbeitsmarktpolitische Gesetzgebung zur Flexibilisierung des Kündigungsschutzes (219ff) und Ausweitung des Niedriglohnsektors zeigen, dass es sich nicht um eine einfache „De-Regulierung des Arbeitsmarktes“ handelt (20), vielmehr De- und Re-Regulierung Hand in Hand gehen. Prekarisierung, einseitige Flexibilisierung, Niedrigstlöhne und illegale Praktiken wurden „von Seiten der Legislative gefördert, von Seiten der staatlichen Exekutive toleriert und von Seiten der Judikative nicht konsequent geahndet“ (239).

Die Schwäche von Arbeitskräften in der Reinigungsbranche ergibt sich auch aus ihrer betrieblichen Position. Ohnehin am unteren Rande der Belegschaften angesiedelt, werden bestehende Kooperationszusammenhänge zwischen „Putzen“ und dem übrigen Personal durch „zeitliche und räumliche Marginalisierung“ zerrissen (289; 241ff). „Betriebliche Isolation“ (263) macht Reinigungskräfte zu „unsichtbaren Arbeiterinnen“ (241). Die betriebliche Ausgliederung von Reinigungstätigkeiten in spezialisierte Privatunternehmen verstärkt den Trend. Zwar kommt es in diesen Unternehmen zur Bildung von ‚Putzkolonnen‘, die Möglichkeiten zur „Herausbildung horizontaler Kollegialität“ schaffen, doch erweist sich v.a. die hohe Fluktuation und Unsicherheit als konterkarierend (291; 280). Darüber hinaus kommt es auch innerhalb dieser Unternehmen zur Differenzierung in

Kern- und Randbelegschaften: Festangestellte Arbeitskräfte erhoffen sich durch „den Aufbau möglichst flexibler Personalreserven“ Hilfe bei der Bewältigung der hohen Leistungsvorgaben bei Ausfall von Kollegen und Schutz vor Entlassung im Falle von Auftragsrückgängen (233). Befristete Arbeitsverhältnisse, Arbeitnehmerüberlassungen und Leiharbeit ermöglichen ein solches flexibles Arbeitskraftreservoir. Dem dient auch der verbreitete Einsatz von Subunternehmen: An der Spitze steht meist ein „größeres Reinigungsunternehmen, gefolgt von zahlreichen kleineren Betrieben ohne Tarifbindung und einem Heer von ‚Ein-Personen-Unternehmen‘, die keinerlei Ansprüche [...] geltend machen können“ (238). Jenseits dieser Schwierigkeiten für Organisationsprozesse besteht grundsätzlich auch nur geringes Interesse von Gewerkschaftsseite: „Der Betreuungsaufwand für diese Frauen sei hoch, ihr Mitgliedsbeitrag jedoch gering“ (287).

Angesichts steigender Anforderungen und Arbeitsintensivierung ist die damit verbundene körperliche Belastung durch das ‚Putzen‘ über einen ‚Normalarbeitstag‘ hinweg kaum durchzuhalten, so dass Teilzeit bzw. geringfügige Arbeit trotz Einkommensverlusts als Verbesserung erscheinen (269; 125). Die Vereinzelnung und Herauslösung aus dem betrieblichen Zusammenhang haben „gleichzeitig einen gewissen Zugewinn an Freiheit“ zur Folge (249). Die Arbeit am unteren Ende der Belegschaftshierarchie war angewiesen auf das oft mangelnde Entgegenkommen der Kollegen, geprägt von ständiger direkter Kon-

trolle, Demütigung etc. Dagegen lässt die „Arbeit außerhalb der Dienstzeiten, unbeobachtet von der Belegschaft des Kunden“, weitgehend unbehelligt von direkten Vorgesetzten, größere Spielräume um die Arbeit ungestört „selbst einteilen zu können“ – „solange die Leistung erbracht wird“ (250). Je stärker Belegschaften zersplittert werden, desto mehr wird „die Beschwörung einer nicht (mehr) vorhandenen betrieblichen Gemeinschaft erforderlich“ (252). Ständige Arbeitsverdichtung und Erhöhung der Leistungsvorgaben machen ein „ganzes System von Mehrfachkontrollen“ durch Auftrag- und Arbeitgeber nötig, „zumal Betriebsverbundenheit als Grundlage von ‚Kontrolle durch Selbstkontrolle‘ in den instabilen Belegschaften“ kaum noch vorhanden ist (290). Als „effektivstes Kontrollregime“ erweist sich „das System gegenseitiger persönlicher Verpflichtung“ in Privathaushalten (verstärkt durch die vollständige Vereinzelung der Hausangestellten; ebd.).

Mayer-Ahujas Versuch, die Strategie der Beschäftigungsexpansion für ‚Geringqualifizierte‘ via Niedriglohn empirisch zu widerlegen (295ff), ist zu schwach: Sie selbst verweist darauf, dass die Einkommensunterschiede in der Bundesrepublik „noch zu gering“ sind, „um das Dienen zu einem wesentlichen Erwerbszweig zu machen“ (310). Genau darauf zielt die Prekarisierung: Die Schaffung eines funktionierenden Marktes privater Dienste mit billigem Angebot, dem eine kaufkräftige Nachfrage gegenübersteht. Damit wird das Problem struktureller Massenarbeitslosigkeit nicht gelöst, aber im Sinne der Erhaltung neoliberaler Hegemo-

nie wirksam bearbeitet. Letztlich geht es um eine weitere Verschiebung der Kräfteverhältnisse zwischen Kapital und Arbeit. Die Frage ist nicht, ob es geht – die Arbeitsmarktentwicklung in den USA zeigt, dass dem so ist –, sondern mit welchen Folgen dies verbunden wäre, für die Qualität von Arbeitsverhältnissen wie für den gesellschaftlichen Zusammenhalt als solchen. Mayer-Ahujas Kriterien für Prekarität sind jedoch formaler Natur: das Abweichen von alten Regulierungsniveaus (15), nicht etwa die konkrete Situation der Arbeitskräfte als solche. Damit bleibt Prekarität auf die „relative Benachteiligung“ einiger beschränkt, statt die allgemeine Prekarisierung im Zuge der Senkung des gesamten Niveaus sozialer Rechte und der Durchsetzung neuer Formen der Arbeit in den Blick zu nehmen. Da Fragen der individuellen und kollektiven Handlungsfähigkeit und Widerspruchsbearbeitung der Subjekte explizit ausgeblendet werden (16), muss unklar bleiben, wie es beispielsweise den „Janitors“ in den USA gelang, Reinigungskräfte zu organisieren, und warum augenscheinlich Versuche in Deutschland bisher ausgeblieben sind bzw. erfolglos waren. Doch insgesamt liefert die Autorin empiriegesättigte, beunruhigende Einblicke in Prekarisierungsprozesse in einer neoliberalen „Dienstbotengesellschaft“ (Gorz).

Letztlich hat die „gesellschaftliche Polarisierung inzwischen ein Ausmaß erreicht“, das es den „Bedienten nahezu unmöglich macht, die Situation der Dienenden kritisch zu reflektieren“ (310).